

Aktuelle Bahnpolitik: Privatisierung endgültig stoppen – Investitionen und Arbeitsbedingungen sichern

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

- alle Pläne für einen Börsengang ohne reines Volksaktienmodell aufzugeben. Insbesondere muss der Versuch eingestellt werden, mit einem Holding-Modell eine Zerschlagung oder Eigentümerische Trennung in verschiedene Sparten – eventuell unter Umgehung des Parlamentes – vorzubereiten und nach den Landtagswahlen im Frühjahr 2008 durchzusetzen;
- im Bahnsektor einen branchenspezifischen Mindestlohn nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) durchzusetzen und Vergaben an die Tariftreue zu binden;
- mit einer ausreichend ausgestatteten, verbindlichen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung die Investitionen in das Netz zu sichern und kontrollierbar auszugestalten sowie über das Trassenpreissystem die Investitionsanreize in das Netz zu stärken;
- dafür zu sorgen, dass der Finanzierungsbedarf für den Verkehrsträger Schiene dauerhaft aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird, zumal insbesondere unter den aktuellen Gegebenheiten auf den Finanzmärkten eine Einbeziehung privater Investoren nur zu sehr ungünstigen Konditionen geschehen könnte.

Begründung:

Der Bundesparteitag der SPD in Hamburg hat deutlich gemacht, dass die SPD mit überwältigender Mehrheit eine Zerschlagung der DB AG und einen Verkauf an Großinvestoren ablehnt. Es war und ist deutlich erkennbar, dass die SPD wünscht, dass – insbesondere wenn die Realisierung des Volksaktienmodells scheitert – die DB AG allein in öffentlichem Eigentum und öffentlicher Verantwortung bleiben soll.